

Wahlprüfstein BiNe - Bisexuelles Netzwerk e.V.

Antworten der FDP Schleswig-Holstein

Frage 1: Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt? Wer?

Bei den Freien Demokraten sind geoutete bisexuelle Mitglieder bekannt. Vielfalt und Toleranz zählen zu den Grundprinzipien unserer Partei. Wir wollen, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, nach seinen Träumen und Bedürfnissen sein Leben mit anderen Menschen zu gestalten, und dass alle entsprechend ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität leben können. Die Kenntnis über die sexuelle Vielfalt von Personen mit politischem Amt kann die Akzeptanz und das Bewusstsein für diese Vielfalt stärken.

Frage 2: Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?

Für uns muss die Gesundheitsversorgung immer diskriminierungsfrei sein. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine angemessene Versorgung. Wir setzen uns daher auch dafür ein, dass bei Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen auf die besonderen Bedürfnisse von LSBTIQ eingegangen wird. Zudem wollen wir die Präventions- und Beratungsarbeit stärken, um zum Beispiel Bisexuellen bei herausfordernden Schritten des Lebens bestmöglich unterstützen zu können.

Frage 3: Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Der Sexualkundeunterricht in den Schulen sollte zeitgemäß, angemessen und altersadäquat über das Thema Sexualität aufklären. Dabei ist selbstverständlich, dass alle Formen der sexuellen und geschlechtlichen Identität Berücksichtigung finden und deutlich gemacht wird, dass es um die Anerkennung der Individualität und Würde jedes einzelnen Menschen geht, dessen Schutz uns das Grundgesetz auferlegt. Zudem werden wir Schulen auch weiterhin ermutigen, Angebote von Schulaufklärungsprojekten für eine Jugendarbeit wahrzunehmen, die selbstbewusste Coming-Outs unterstützt.

Frage 4: Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier setzen?

Im Rahmen des Aktionsplans "Echte Vielfalt" finden bereits jedes Jahr viele Maßnahmen statt, die wir Freie Demokraten unterstützen. Insbesondere unser Landesvorsitzender und Sozialminister Dr. Heiner Garg sorgt mit großem Einsatz für die Umsetzung vielfältiger Projekte und eine bessere

Wahrnehmung. Diese Arbeit wollen wir gemeinsam mit der Community und verschiedenen NGOs fortführen und für eine bedarfsgerechte Finanzierung sorgen, sodass ein Coming-Out nicht länger von Angst oder Ungewissheit begleitet wird und Vielfalt im Alltag gelebte Normalität wird. Zudem werden wir die Bundesregierung bei der Umsetzung der Erfolge im Koalitionsvertrag für LGBTIQ-Rechte unterstützen, z.B. bei der Ergänzung des Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes.

Frage 5: Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Wir setzen uns für umfassende Demokratiebildung und ein damit einhergehendes starkes Bewusstsein über die Vielfalt der Gesellschaft ein. Forschungsvorhaben wissenschaftlicher Einrichtungen, z.B. zum Thema Bisexualität, können wichtige Ansatzpunkte für notwendige Maßnahmen und Projekte liefern. Wir stehen aber zur Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie und möchten in diesen Bereichen mehr Freiheit schaffen, z.B. bei der Profilbildung.

Frage 6: Welche vergleichbaren Aktionen können Sie sich evtl. in Kooperation mit HAKI e. V. vorstellen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Wir Freie Demokraten unterstützen bereits seit Langem diverse Maßnahmen, um auf die Vielfalt der Gesellschaft und auch auf die Anliegen der Bisexuellen aufmerksam zu machen. Dazu gehören viele verschiedene Initiativen und Veranstaltungen wie der Christopher Street Day. Zudem hat unser Landesvorsitzender und Sozialminister Dr. Heiner Garg dafür gesorgt, dass jedes Jahr zu bestimmten Anlässen wie dem Internationalen Tag der Bisexuellen die jeweilige Flagge vor dem Sozialministerium gehisst wird.

Frage 7: Wie wollen Sie konkret auf menschenrechtsfeindliche Äußerungen und Gruppierungen reagieren? Und wie schützen Sie Bisexuelle vor Hassgewalt?

Wir Freie Demokraten treten für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder unabhängig von Herkunft, Aussehen, Religion oder politischen Ansichten frei leben und sich frei äußern kann. Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind für unser Zusammenleben unverzichtbar. Wir Freie Demokraten machen uns daher stark für unsere freiheitliche Gesellschaft und gegen Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Homophobie. Wir werden daher gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfassend bekämpfen, unabhängig von der genauen Ausprägung. Daher werden wir uns unter anderem für eine bundesweit einheitliche Erfassung LSBTIQ-feindlicher Straftaten durch die Polizei und für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit einsetzen, der Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt wirksam entgegnet werden soll, unter anderem durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Polizei und Justiz.

Frage 8: Setzen Sie sich für eine queere Vertretung in Rundfunk und Fernsehen ein?

Wir setzen uns für eine ausreichende Diversität und Qualität im NDR-Rundfunkrat und im Medienrat Hamburg-Schleswig-Holstein ein, um zum Beispiel auch die ausreichende Repräsentanz von LSBTIQ zu gewährleisten.

Frage 9: Werden Sie hier (Verbesserung der Blutspenderegulungen, Trans*-Rechte, Schutz im Grundgesetz, Anerkennung von zwei Müttern, Schutz von Inter*-Kindern, Verbot von Konversionstherapien, Asylrecht für Bi+sexuelle) vermehrt auf den Rat von Expert*innen hören und Menschenrechte umsetzen?

Für uns Freie Demokraten sind die Menschenrechte nicht verhandelbar und müssen daher selbstverständlich vollumfänglich beachtet werden. Zudem ist uns der Austausch mit Expertinnen und Experten grundsätzlich bei allen Fachthemen wichtig, um einen umfassenden Blick auf die zu diskutierenden Themen zu erhalten. Dabei kann der Blick aus der Praxis besonders wichtig sein. Bei den konkret angesprochenen Themen werden wir uns, auch auf Bundesebene, für spürbare Veränderungen und Verbesserungen einsetzen: So wollen wir unter anderem einen diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende erreichen, ein echtes Selbstbestimmungsgesetz des Bundes, ein vollständiges Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ und ein Diskriminierungsverbot beim Adoptionsrecht.

Frage 10: Wie planen Sie in Zukunft (z. B. über den Bundesrat oder Auslandsbesuche), LSBTI*-Rechte im Ausland erfolgreicher einzufordern?

LSBTIQ-Rechte sind Menschenrechte und gelten daher auch im Ausland. Das ist für uns nicht verhandelbar. Wir werden daher zum Beispiel auch die Kommunen dabei unterstützen, im Rahmen ihrer Städtepartnerschaften diese auch zum Dialog über Werte und Menschenrechte zu nutzen.